

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Niederschrift

Köthen (Anhalt), 22.03.2019

über die 30. Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses  
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	21.03.2019	Ort :	06366 K ö t h e n ( A n h a l t )
Beginn :	18:30	Straße :	Wallstraße 1-5
Ende :	20:36	Raum :	Großer Sitzungsraum 217

Anwesende Mitglieder  
lt. Teilnehmerliste :

(siehe Anhang)

Von der Verwaltung  
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB)  
Dr.-Ing. Schlömp (AL 65)  
Birgit Schlendorn (AL 40)  
Claudia Mikolay (AL 32)  
Ilona Häckel (Ltrn. Ratsbüro)  
Steffi Denell (Mitarbeiterin RB)  
Heiko Zerrenner (Personalratsvorsitzender)  
Katja Jachade (Mitarbeiterin Ordnungsamt)

Außerdem waren  
anwesend (Gäste) :

Mitteldeutsche Zeitung  
StRn Rosenkranz  
StR Gahler  
StR Reisbach  
1 Bürger

Tagungsleitung :

Christina Buchheim

Schriftführer :

Silke Cäsar

**Ausschussvorsitzend  
er**

**Oberbürgermeister**

**Schriftführer**

Christina Buchheim

Bernd Hauschild

Silke Cäsar

## Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	E i n w o h n e r f r a g e s t u n d e	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Grundsatzbeschluss zum Haushaltskonsolidierungs- und Liquiditätskonzept 2019 einschließlich der Finanzplanjahre bis 2027	2019029/7
2.5	Haushaltssatzung für das Jahr 2019 für die Stadt Köthen (Anhalt) und Haushaltsplan 2019 als Teil der Satzung mit seinen Bestandteilen und Anlagen	2019028/7
2.6	Erörterung Beteiligungsbericht der Stadt Köthen (Anhalt) 2019	2019017/7
2.7	Sachstandsbericht zur Unterbringung Obdachloser im Objekt Augustenstr. 63 in der Stadt Köthen (Anhalt)	2019044/1
2.8	Duschordnung Obdachlosenunterkunft	2019043/1
2.9	Entwicklung der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Köthen (Anhalt)	2019048/1
2.10	Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2019	2019050/1
2.11	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Bemühungen zur Unterbringung Obdachloser	2019042/1
3.5	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

## **Protokolltext**

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1 – Eröffnung**

StRn Buchheim eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Für den kürzlich verstorbenen sachkundigen Einwohner Andreas Bergemann wird eine Schweigeminute eingelegt.

#### **TOP 1.1 – Einwohnerfragestunde**

Keine Anfragen

#### **TOP 1.2 – Feststellung Beschlussfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ladung**

Die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Ladung werden festgestellt.

#### **TOP 2.1 – Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

StR Schönemann stellt zu dem Protokoll Fragen, die als Anfragen und Anregungen aufgenommen werden.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.02.2019 wird bei 3 Enthaltungen so bestätigt.

#### **TOP 2.2 – Informationen der Verwaltung**

Frau Schlendorn will zu der Anfrage aus dem Stadtrat zu der Personalsituation in den Kitas, insbesondere Max und Moritz, ausführen. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass beantragt war, dies als Tagesordnungspunkt am 02. Mai im SK zu behandeln und eine entsprechende Vorlage mit der Ladung zu versenden.

Frau Schlendorn informiert, dass die Stadt vom Land die Stelle Teilhabemanagement gefördert bekommen hat zu 100 %. Die Stadt hatte einen Antrag gestellt. Der vorzeitige Maßnahmebeginn ist nun bestätigt worden zum 1.4. Die Stelle dient der Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Frau Laurich hatte sich auf die Stelle beworben. Vom Jugendhilfeausschuss des Landkreises wurden die Förderrichtlinien für Streetwork überarbeitet. Durch den Leiter, Herrn Grimm, wurde signalisiert, dass die Arbeit hiernach auch am Wochenende auf der Straße stattfinden soll. Frau Laurich stellte sich dafür nicht mehr zur Verfügung. Sie hat sich auch bereits woanders beworben gehabt. Dann entschloss sie sich, sich für die Stelle Teilhabemanagement zu bewerben. Dieser Bewerbung wurde zugestimmt. Frau Laurich steht ab 1.4. also nicht mehr als Streetworkerin zur Verfügung. Es ist noch nicht genau bekannt, wie die Richtlinien vom Landkreis aussehen werden.

StR Heeg ist bekannt, dass seit 1 Jahr eine Teilhabemanagementstelle bei den Maltesern existiert, die Frau Gewinner ausfüllt. Wie ist die Funktion Teilhabemanagement bei der Stadt damit überein zu bringen? Warum gibt es plötzlich 2 Teilhabemanager? Die Stelle Streetwork ist sehr wichtig. Die Stelle sollte wiederbesetzt werden. Eine Ausschreibung verzögert wieder die Arbeit der Stelle.

Der OB führt aus, dass er nicht beantworten kann, warum es nun 2 Stellen gibt. Vielleicht gibt es auch bald 3 oder 4 Teilhabemanager. Ihm ist nicht bekannt, wie viele dieser Stellen durch das Land gefördert werden. Es soll aber ein Netzwerk unter den Teilhabemanagern gebildet werden. Es wird dann mit Sicherheit zu Abstimmungen mit der Mitarbeiterin bei den Maltesern kommen. Zur Ausschreibung der Stelle wird es so schnell wie möglich kommen. Auf die neuen Richtlinien muss zunächst gewartet werden. Es wird aber ein Gespräch mit dem Landkreis erfolgen, dass dies so schnell wie möglich passieren muss, da der Bedarf an

der Streetworkstelle groß ist.

StRn Buchheim ist empört darüber, wie hier die Stadträte wieder nicht mitgenommen, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dies ist nicht mehr hinnehmbar.

Der OB teilt mit, dass dies seine Entscheidung war, die legitim ist. Der Arbeitsvertrag ist aber noch nicht unterzeichnet. Der Ausschuss sollte vorher Kenntnis darüber erhalten.

Herr Schönemann möchte wissen, wann der Kreis das neue Konzept für die Streetworker zur Verfügung stellt.

Frau Schlendorn informiert, dass es am Mittwoch einen Workshop gab, wo Frau Laurich dabei war. Im April soll es einen zweiten Workshop geben, wo die Stadt teilnimmt. Im Mai soll zum Kreistag vor der Wahl der Beschluss gefasst werden dazu.

### **TOP 2.3 – Bestätigung der Tagesordnung öffentlicher Teil**

StRn Buchheim beantragt, den TOP 2.4 – Grundsatzbeschluss zum Haushaltskonsolidierungs- und Liquiditätskonzept 2019 einschließlich der Finanzplanjahre bis 2027 – von der Tagesordnung zu nehmen, da das Liquiditätskonzept bis zum heutigen Tage den Stadträten nicht vorliegt.

Außerdem wurde durch die Mitarbeiterin des Ratsbüros darum gebeten, den TOP 2.10 – Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2019 zeitlich vorzuziehen. Dieser ersetzt dann gleich den TOP 2.4.

Aus TOP 2.11 – Anfragen und Anregungen – wird dann TOP 2.10.

Die Tagesordnung wurde mit den vorgenannten Änderungen einstimmig so beschlossen.

### **TOP 2.4 – Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2019**

Frau Denell erläutert die Vorlage. Sie führt aus, dass die Stadt Wattrelos sich dieses Jahr von den Aktivitäten zurückzieht. Es handelt sich um eine Schule, die in einem sozial problematischen Stadtteil von Wattrelos liegt. Der Lehrer hat Sicherheitsbedenken, mit diesen Schülern in diesem Jahr eine Reise durchzuführen. Dies wird erst für das kommende Jahr wieder ins Auge gefasst.

StRn Buchheim resümiert, dass dann noch 2.560 Euro frei verfügbar wären. Könne hierfür ein Sperrvermerk gesetzt werden, um diese Mittel in das nächste Jahr zu übertragen?

Frau Häckel weist darauf hin, dass dies nicht möglich ist.

Frau Denell liegen bereits 2 weitere Anfragen von Vereinen vor. Einer ist vom CFC Germania für ein Fußballturnier mit Lüneburg. Dafür könnte das Geld dann verwendet werden.

Der OB unterstreicht nochmals, dass es rechtlich nicht möglich ist, die Mittel in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen.

StRn Buchheim spricht sich dafür aus, dass dieser Antrag von CFC Germania dann nachträglich eingebracht wird, dass die Mittel dafür dann noch bewilligt werden können. Sie kritisiert, dass die Stadt Köthen sich nur mit den Namen der Partnerstädte schmückt, aber kaum Aktivitäten stattfinden. Der Landkreis lebt zum Beispiel seine Partnerschaften richtig. Bei der Stadt ist es hingegen traurig, wie sich um die Partnerschaften gekümmert wird. Bei so wichtigen Terminen wie dem Bachgeburtstag könnten z. Bsp. auch die Partnerstädte eingeladen werden. Es passiert hier einfach zu wenig.

Der OB wird dies zukünftig beachten, dass die Aktivitäten wieder mehr belebt werden.

**Abstimmung: 9 Ja/0 Nein/0 Enthaltungen**

**TOP 2.5 – Haushaltssatzung für das Jahr 2019 für die Stadt Köthen (Anhalt) und Haushaltsplan 2019 als Teil der Satzung mit seinen Bestandteilen und Anlagen**

**Abstimmung zum Antrag der Linken, Seite 301 – Produkt 28.1.001.00, Sachkonto 527150 – Kulturveranstaltungen der Ortschaften**

StRn Buchheim erläutert den Antrag ihrer Fraktion, der die Ungleichbehandlung der Ortschaften ausschließen soll.

Der OB merkt an, dass dieser Antrag einem am 8.3.2016 gefassten StR-Beschluss widerspricht, da dort die Beiträge für die Ortschaften bis 2021 festgeklopft wurden.

StRn Buchheim hält den Antrag für legitim, da man ja Beschlüsse ändern kann. Es handelt sich um einen Änderungsantrag. Erst müssen die Mittel im Haushalt eingestellt werden.

Der OB führt aus, dass es sich um einen Änderungsantrag zum Haushalt handelt. Es hätte ein Antrag auf Änderung des StR-Beschlusses gestellt werden müssen. Der Haushalt hat keine Außenwirkung. Dieser Fakt ist bereits mehrfach geprüft worden.

StRn Buchheim bittet darum, dass das Prüfungsergebnis des Rechtsamtes bis zum Hauptausschuss schriftlich vorgelegt wird.

**4 Ja/4 Nein/1 Enthaltung**

**Abstimmung zum Antrag der Linken, Seite 315 – Produkt 42.1.001.00, Sachkonto 522102 – Unterhaltung Laufbahn Stadion**

Der OB erläutert zum Antrag, dass es das Problem gibt, dass unter der Laufbahn eine Wasserführung ist und sich unter der Laufbahn auch eine Mülldeponie befindet. Somit muss zunächst ein Gutachten erstellt werden, dass die Sanierung der Laufbahn auch nachhaltig ist. Das Fachamt ist nicht sofort in der Lage, detaillierte Kosten aufzuzeigen. Bis Ende März sollen diese dem Hauptausschuss vorgelegt werden.

**6 Ja/3 Nein/0 Enthaltungen**

**Abstimmung zum Gesamtbeschluss Haushalt:**

**9 Ja/0 Nein/0 Enthaltungen**

StR Heeg beantragt eine Erhöhung des Ansatzes 527150 – Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen im Produkt 27.2.001 – Bibliothek betreiben – um 6.700 Euro. Diese Mehraufwendungen sollen ausschließlich für die Ergänzung des Bibliotheksbestandes als Kofinanzierung von zusätzlichen Fördermitteln verwendet werden. Begründung:

Von einem Gesamtkostenvolumen von 392.200 Euro werden nur 18.800 Euro (4,8 %) für die eigentliche Aufgabe, nämlich Bücher und Medien, eingesetzt. Dies stellt ein krasses Missverhältnis dar.

## **Abstimmung: 9 Ja/0 Nein/0 Enthaltungen**

StRn Buchheim kritisiert, dass den Stadträten der Haushalt im letzten Jahr bereits vorgelegt wurde. Anträge zum Haushalt sollten bis zum 12.12.2018 gestellt werden. Es kann nicht sein, dass andere Fraktionen ihre Hausaufgaben machen und andere erst Anträge in der Sitzung einreichen. Alle Stadträte üben ihre Arbeit im Ehrenamt aus. Haushaltsanträge bedürfen einer gründlichen vorherigen Einarbeitung. Es ist misslich, wenn Haushaltsanträge erst in der Sitzung kommen.

StRn Buchheim vermisst in den Haushaltsausführungen jedoch einen Antrag für die Rampe für die Bibliothek.

Der OB erläutert, dass bereits ein behindertengerechter Zugang zur Bibliothek mittels Aufzug existiert. Für eine Rampe mit 6 % Steigung müsste das Nachbargrundstück mit genutzt werden.

StR Heeg stellt richtig, dass es nicht um den Zugang für Behinderte geht, sondern dass es sich um einen Zugang für Kinderwagen handeln soll, die im Aufzug keinen Platz haben. StRn Lange hat darauf bei der Besichtigung der Bibliothek explizit hingewiesen. Hier hätte die Verwaltung einfach einmal das Gespräch mit der Bibliothek suchen sollen. Die Mitarbeiter dort kennen den Sachverhalt, um den es da gehen soll.

StRn Buchheim bittet die Verwaltung um Prüfung der Rampe für Kinderwagen bis zum Hauptausschuss. Ebenfalls sollen die Abstimmungsergebnisse zum Haushalt aus den Ortschaften im Hauptausschuss vorgelegt werden.

## **TOP 2.6 – Erörterung Beteiligungsbericht der Stadt Köthen (Anhalt) 2019**

Keine Anmerkungen.

## **TOP 2.7 – Sachstandsbericht zur Unterbringung Obdachloser im Objekt Augustenstraße 63 in der Stadt Köthen**

StRn Buchheim führt aus, dass es sich hier um eine Verständigung, wie es weitergehen soll, handeln solle. Am 18.3. gab es mit den Fraktionen ein Vorabgespräch zum Thema.

Der OB erläutert, dass es 2 Varianten gibt. Es kommt zum Rückzug der Obdachlosen in die Augustenstraße, und alles bleibt so, wie es ist. Es wird eine Duschordnung eingeführt. Die zweite Variante ist, dass es keine Mischunterkunft mehr gibt, sondern eine Obdachlosenunterkunft mit einer Hausordnung. Bestandteil ist hier, dass zu 18 Uhr die Einrichtung geöffnet und 8 Uhr wieder geschlossen wird. Wenn sich Kranke dort befinden, können diese in der Einrichtung verbleiben. Wenn es ein richtig geführtes Obdachlosenheim sein soll, müssen Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Dann müssen 2 Sicherheitskräfte vor Ort sein im 24-Stunden-Dienst. Dies hätte zur Folge, dass es zu keinem Umzug am Dienstag kommt, sondern zum Einzug im April. Umzug heißt, mit Hab und Gut in die Augustenstraße zurück. Einzug heißt, dass die Stadt eine Grundausrüstung zur Verfügung stellt und keine eigenen Möbel mitgenommen werden dürfen. Man kann nur mit seiner Bekleidung in die Einrichtung kommen. Eine vorübergehende Einlagerung von privaten Gegenständen soll angeboten werden, wenn die Bewohner kurzfristig vor diese Tatsache gestellt werden. Der Inhaber der Wohnungen in der Adolf-Kolping-Straße hat einen Teilabriss geplant. Deswegen ist der April avisiert, da dann die Entkernung vorgenommen werden soll. Fördermittel sind hier gebunden. Der Abriss soll in den Sommerferien stattfinden, um Lärmbelastungen für die angrenzende Schule auszuschließen. Zu den Kosten bei Einzug nannte der OB die größten Positionen. Die Grundausrüstung mit Mobiliar, Bettwäsche und Handtüchern – 14.000 Euro, die Reinigungsarbeiten für Wäsche und Bauendreinigung – 8.600 Euro sowie die Kosten für den Sicherheitsdienst ca. 60.000 Euro (Für 3 Monate betragen die Kosten für den Sicherheitsdienst 93.000 Euro. 33.000 Euro

sind im Haushalt bereits eingeplant. 60.000 Euro sind für die Testphase noch erforderlich.) Der Stadtrat wird dazu in der nächsten Sitzung einen Beschluss fassen. In einem Vierteljahr sollte ein Resümee gezogen werden, ob es so funktioniert.

StR Heeg merkt an, dass, wenn es weiter so geht wie bisher, dies dem Ansehen der Stadt nicht zuträglich ist. Es wird sich zeigen, inwieweit diese Lösung mit den kriminellen Bewohnern umgesetzt werden kann, aber der Weg sollte beschritten werden. Es sollte jedoch geprüft werden, ob einige Bewohner in einem anderen Objekt separiert werden könnten. Im Netz findet man, dass es Häuser in Köthen unter 100.000 Euro gibt, aber der Einzug wäre ein Weg. Er spricht sich lobend gegenüber den Mitarbeitern des Ordnungsamtes aus, die eine ausgezeichnete schwierige Arbeit leisten.

Der OB hält eine Trennung der Bewohner nur für eine temporäre Lösung. In einem anderen Haus käme die kriminelle Energie wieder zum Tragen. Einrichtungen würden wegkommen, die Sauberkeit wäre nicht gewährleistet. Die Bewohner klingeln dann über kurz oder lang wieder bei der Stadt an der Tür und wollen als Obdachlose untergebracht werden.

StR Gewinner ist der Meinung, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Ein Sicherheitsdienst ist unabdingbar. Ist aber ein Einzug ohne eigene Möbel rechtlich haltbar? Wie lange würde man die Möbel einlagern wollen?

Der OB bejaht, dass dies juristisch haltbar ist. Dies ist bereits geprüft worden. Ob die Einlagerung in einer Garage oder einer städtischen Baracke erfolgt, wird derzeit geprüft.

StRn Buchheim weist auf einen Passus auf S. 38 zum Bestandsschutz hin, der noch farblich gekennzeichnet ist.

Der OB merkt an, dass es sich hier noch um eine ältere Ausfertigung handelt

Herr Schönemann wollte wissen, ob das Ansinnen gegenüber den Bewohnern schon kommuniziert wurde. Was ist für die Stadt eine „kranke Person“? Hätte man einen Platz, um kranke Personen dort zu behandeln? Würden die Möbel unbegrenzt eingelagert werden oder könnte man diese sogar zur Versteigerung geben?

Der OB verneint eine Kommunizierung zu den Betroffenen. Er führt aus, dass man sich über einen Einlagerungszeitraum verständigen müsste. Die Stadt ist nicht Eigentümer der Gegenstände. Wenn die Bewohner es kurzfristig erfahren, muss ihnen Gelegenheit zum Verkauf o. ä. gegeben werden.

Krank ist eine Person, wenn ein Arzt einen Krankenschein ausstellt. Er würde dort nicht mehr untergebracht werden, wenn er dort nicht genesen kann.

Frau Mikolay bestätigt, dass mit den Bewohnern darüber noch nicht gesprochen wurde. Es ist verwaltungsseitig aber alles vorbereitet, dass das Ansinnen schnell umgesetzt werden kann. Eine Beschlagnahmeverfügung für die Adolf-Kolping-Straße an den Eigentümer ist vorbereitet und würde dann auch am morgigen Tag versandt werden. Es sollte noch der SK stattfinden, und im Ergebnis dessen würden die Verfügungen und Informationen an die Bewohner am 22.3. zugestellt werden.

Der OB erläutert zur Möbelfrage noch, dass den Bewohnern der Eindruck vermittelt werden muss, dass diese Lösung keine Dauerlösung sein solle und sie sich um Wohnraum bemühen können. Inwiefern diese Theorie aufgeht, ist nicht zu sagen. Vielleicht ist es auch schon zu spät. Vielleicht muss man in einem Vierteljahr wieder neu diskutieren.

StR Kluge fragt nach, ob der genannte Preis für die gesamten Bewohner ist, was der OB

bejaht.

StR Kluge möchte ebenso wissen, ob es sich bei dem genannten Preis für die Reinigungsarbeiten um den Preis für einen Monat oder ein Jahr handele.

Der OB ergänzt, dass bisher dafür 10.000 Euro im Haushalt geplant sind. Die Summe wird dann um 8.600 Euro aufgestockt. Die Baustellenreinigung und die Sanitärreinigung 5 x in der Woche für 4.100 Euro wären enthalten, die Reinigung der Unterkunft wie Treppenhaus wäre 1 x pro Woche und die Fenster 1 x im Monat. Bei den 10.000 Euro wären für die Reinigung der Wäsche alle 2 Wochen 2.000 Euro veranschlagt. Die 18.600 Euro für Reinigungsleistungen sind für das ganze Jahr gerechnet.

StR Wienicke ist der Meinung, dass man dann provoziert, dass die Bewohner sich in der Stadt aufhalten tagsüber. Außerdem werden einige krank spielen, dass sie in der Unterkunft bleiben können.

Der OB ist der Ansicht, dass die Probleme des Aufenthalts auch jetzt schon da sind.

StRn Buchheim kritisiert, dass einmal angeregt war, Kontakt mit anderen Verwaltungen aufzunehmen und sich mit den Erfahrungen auszutauschen. Bernburg hatte man hier im Blick. StRn Buchheim hat sich gestern im Sozialamt dort umfassend erkundigt, da sie überzeugt ist, dass dort ein gutes Konzept existiert. Man arbeitet dort mit 2 festangestellten Sozialarbeitern der Stadt und einem Wachschutz, der nachts zum Einsatz kommt. Es gibt einen Gemeinschaftsraum mit Fernseher und auch kein eigenes Mobiliar für die Bewohner. Auch dort sind ältere Bewohner ohne Pflegestufe. Es kommen aber immer mehr junge Leute zur Einweisung. Von 9 – 14 Uhr dürfen die Bewohner nicht in ihre Zimmer, aber den Gemeinschaftsraum aufsuchen. Man hat dort gute Erfahrungen gemacht. Die Mindeststandards werden eingehalten. Es herrscht ein Alkoholverbot in der Einrichtung. StRn Buchheim sieht die Gefahr, dass die Stadt jetzt wieder investiert und sich die Situation dann wieder wendet. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Bernburg in Kontakt zu treten, um sich über Kosten und Stellenbesetzungen auszutauschen und Förderprogramme. Sicher ist es schwer, jemanden für die Betreuung zu finden. Sie führt das Beispiel des überfallenen Jugendlichen an, dass dies nicht mehr hinzunehmen ist.

StR Reisbach findet es positiv, dass die Ideen aus den Fraktionen hier auf den Tisch gebracht werden. Es wird nun erkannt, wer die Hoheit in dem Objekt haben muss, nämlich die Stadt und nicht die Bewohner. Wird bei eigenen Möbeln nur von denen von den Ritters gesprochen? Sind die Reinigungskosten die Auflagen vom Landkreis?

Frau Jachade erläutert, dass auch andere Bewohner eigene Möbel haben, aber nur in geringem Ausmaß.

Der OB bejaht die Frage zu den Reinigungskosten. Man wird die Zeit nutzen, um mit anderen Einrichtungen wie Bernburg in Kontakt zu treten.

StR Reisbach ist der Ansicht, dass Köthen nicht mit Bernburg vergleichbar ist. Dort stehen eher Drogen- statt Alkoholprobleme im Fokus. Die Betreuer müssten hier ihre Aufgaben stärker wahrnehmen.

StRn Berlin ist der Meinung, dass Suchtkrankheiten in Köthen das Problem sind. Es ist fraglich, ob ein Sicherheitsdienst die Lage in den Griff bekommt, wenn es eskaliert.

StR Heeg möchte wissen, wie es in Bernburg und im Salzlandkreis aussieht. Wie ist die Auffassung vom Landkreis, Personal zur Verfügung zu stellen. Wie kann es funktionieren?



StR Meier glaubt nicht an eine positive Entwicklung in der Obdachlosenunterbringung.

Der OB zieht das Resümee aus der Diskussion, dass es nun einzugstechnisch angegangen wird. Wenn am 11.4. die Ausschreibung vorbereitet wird zum Stadtrat, bittet er die Stadträte darum, sich dann nicht plötzlich anderweitig zu positionieren, dass alles wieder in sich zusammenfällt, denn dann kann die Stadt nicht mehr anders.

### **TOP 2.8 – Duschordnung Obdachlosenunterkunft**

StR Heeg fragt, ob die Duschordnung sich ändert durch die neue Situation?

Frau Mikolay bestätigt, dass dann die Zeiten angepasst werden.

Herr Schönemann möchte wissen, was bei Zuwiderhandlungen passiert.

Frau Jachade weist darauf hin, dass es ein Bußgeldtatbestand ist.

StR Meier fragt, wie es mit Pflegebedürftigen gehandhabt wird. Muss hier der Pkt. 1 geändert werden?

Frau Jachade führt aus, dass diese eine Pflegekraft zur Seite haben, wenn der Betreuer dies veranlasst.

StRn Buchheim ist der Meinung, dass dies aber den Pkt. 1 nicht beeinflusst.

### **TOP 2.9 – Entwicklung der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Köthen (Anhalt)**

Der OB erläutert die Vorlage.

Herr Schönemann bittet zu Protokoll zu nehmen, dass der OB sich dafür ausgesprochen hat, dass es keine Anhaltspunkte für eine Schließung von Grundschulen gibt.

StRn Buchheim fragt nach, ob die Kastanienschule weiterhin unter Denkmalschutz steht, was vom OB bejaht wird.

Zur Ratkeschule fehlt ihr der Fahrstuhl. Diese Schule sollte eigentlich behindertengerecht ausgebaut werden. Durch die Naphtalinproblematik ist dies aber erstmal aus dem Fokus genommen worden. Hat die Verwaltung dieses Vorhaben nun aufgegeben?

Frau Schlendorn war dieser Fakt nicht bekannt. Dies wird geprüft.

StRn Buchheim führt weiter aus, dass bei der Ratkeschule auf den Platzmangel hingewiesen wurde. Ist das Gebäude auf dem Hof nicht mehr nutzbar?

Frau Schlendorn bestätigt, dass das Gebäude ebenfalls naphtalinbelastet ist und nur noch als Lagerraum dient.

StRn Buchheim beantragt in den Umkleiden und Toiletten bei der Sporthalle eine Prüfung auf Naphtalin oder andere Schadstoffe, da diese sehr unangenehm riechen.

StR Kluge bestätigt dies auch für die Aula. Er beschreibt einen chemischen starken Geruch.

Das Fachamt wird bis zum nächsten Ausschuss zu einer Prüfung beauftragt.

StR Heeg möchte wissen, inwieweit bei der Naumannschule das angrenzende Gebäude am Markt für die Stadt zur Debatte steht, es noch mit hinzunehmen und warum. Wäre dies für das kommende Haushaltsjahr angedacht?

Der OB beschreibt dort eine schlechte Verkehrssituation. Es ist der Stadt noch nicht klar, ob das Gebäude zur Schulerweiterung mit hinzugezogen wird. Wenn es nicht saniert wird, könnte man aber auch nichts anderes damit machen. Da derzeit der Bedarf an Schulsanierungen höher ist als an Schulerweiterungen, wird das Ansinnen eher auf später vertagt.

StR Heeg bemängelt, dass die Anlagenbezeichnung in der Vorlage etwas ausführlicher hätte ausfallen können, da man die Anlagen erst öffnen muss, um zu sehen, welche sich dahinter verbergen.

**Abstimmung: 9 Ja/0 Nein/0 Enthaltungen**

### **TOP 2.10 - Anfragen und Anregungen öffentlicher Teil**

Herr Schönemann bittet um nähere Ausführungen zu den Bemerkungen im letzten Protokoll von Frau Laurich:

„Mit dem Ludwigsgymnasium und der Freien Schule Anhalt hat sie keine Berührungspunkte. Dies ist dort eher nicht gewünscht.“

Herr Schönemann möchte dazu wissen, welche Bemühungen von Frau Laurich unternommen wurden, mit den Sozialarbeitern dort in Kontakt zu kommen. Wie ist der Eindruck entstanden, dass keine Zusammenarbeit gewünscht wird?

Zum weiteren Punkt aus dem letzten Protokoll:

„StRn Gottschlich fragt, ob es eine mediale Erreichbarkeit der Streetworkerin für die Jugendlichen gibt.

Frau Laurich gibt die Auskunft, dass sie whats app anbietet, aber Facebook und Co. durch die Verwaltung aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht umgesetzt werden kann.“

Hier möchte Herr Schönemann wissen, wie sich die Sicherheitsbedenken auswirken. In einer Anweisung für Lehrer ist festgelegt, dass whats app nicht für vertrauliche Mitteilungen genutzt werden darf, Facebook und Co. aber zulässig sind.

Die Anfragen werden in der nächsten SK-Sitzung beantwortet.

StR Heeg äußert sein Missfallen darüber, dass der Ausschuss an so einem wichtigen Tag wie dem Bachgeburtstag tagt. Das wichtige Datum ist seit langer Zeit bekannt. Hier bittet er darum, dass der Sitzungskalender zukünftig darauf abgestimmt ist, wie auch mit anderen wichtigen städtischen Terminen.

StRn Buchheim verweist darauf, dass den Stadträten der Sitzungskalender bereits im letzten Jahr vorgelegt wurde. Hier hätten die Stadträte dann Einfluss nehmen können auf Terminveränderungen. Es ist jedoch immer schwierig, den Sitzungskalender generell in Einklang mit anderen Terminen zu bringen. Heute ist auch Kreistag.

StR Reisbach möchte wissen, ob zum Problemfall in der Kita Mendelssohnstraße ein Gespräch mit den Eltern stattgefunden hat. Er fragt weiterhin, ob über den Zuschuss, den die Badewelt immer bekommt, die Stadt eine Aufschlüsselung über die Verwendung erhält.

Der OB führt aus, dass es aufgrund einer personellen Beschwerde in der Kita Max und

Moritz ein Gespräch mit allen Leiterinnen geben wird. Der OB informiert, dass die Zahlen zur Badewelt über die Palm Springs durch die Aufsichtsräte einsehbar sind. Diese bekommen in jedem Vierteljahr eine Mitteilung darüber. Zahlen sind dazu auch im Beteiligungsbericht enthalten. Herrn Reisbach werden die Aufschlüsselungen übermittelt.

StRn Buchheim merkt an, dass zur Kita Max und Moritz eine Vorlage im nächsten SK auf die Tagesordnung kommt.

Frau Schlendorn führt dazu aus, dass eine Leiterin einen Antrag auf Versetzung gestellt hat. Zwischenzeitlich hatte eine Mitarbeiterin aber gekündigt, so dass der Versetzung zunächst nicht stattgegeben werden konnte.

StRn Buchheim verweist nochmals darauf, dass das Thema im nächsten SK beraten wird.

StRn Rosenkranz fragte nach, dass sie in einer Kita gelesen hat, dass nur noch 8 h Betreuung abgesichert werden ab 1.8.

Frau Schlendorn erläutert, dass der neue Versorgungsanspruch auf 8 Stunden lautet. Es gibt jedoch einen Erweiterungsanspruch für berufstätige Eltern auf 10 h.

Der OB führt hinzu, dass dieser erweiterte Anspruch vom Landkreis geprüft wird im Einzelfall. Die Kita-Satzungen werden im nächsten SK alle vorgelegt werden.

StRn Rosenkranz fügt hinzu, dass der Aushang in der Kita „A. Hartmann“ war, die aber einem freien Träger gehört.

Frau Schlendorn merkt an, dass in den städtischen Einrichtungen bisher keine Aushänge zu diesem Thema erfolgten.

StR Heeg bat zum Thema Rampe Bibliothek nochmals darum, dass man zukünftig immer vorher mit den Mitarbeitern kommuniziert, um Missverständnisse auszuschließen. In der MZ hat StR Heeg über den Architektenwettbewerb zum Wiederaufbau des Amtshauses im Schloss gelesen. Seine Fraktion hat dazu einen Antrag formuliert für die nächste Ausschusssitzung, der dem Ratsbüro zur Kenntnis übergeben wurde.

StR Zinner bat darum, in Sitzungen keine Plastikbecher mehr zu verwenden.

**Ende öffentlicher Teil 20:21 Uhr**